das erreichen soll, was dem französischen Gesandten in München, Herrn Dard, einst mit Güte, Ueberredungsversuchen und Bestechungen nicht gelang. Das Süddeutschland, das, hinter dem Riesenwall des badischen Schwarzwaldes liegend, höher weder mittelbar noch unmittelbar etwas von den Schrecken des neuen Krieges zu spüren bekam, ist das strategische Endziel des gestern begonnenen Angriffes. Vielleicht hofft die oft mit psychologischen Wirkungen rechnende Pariser Regierung, daß schon die bloße Bedrohung Bayerns aus der Ferne dort den Effekt haben könnte, den gerade in diesen Tagen mehrere Pariser Blätter mit schöner Offenheit als das Ideal ihrer nächsten Wünsche bezeichneten, daß nämlich das leichter erregbare bayerische Volk sich zu Handlungen hinreißen ließe, die die Politik der Reichsregierung in katastrophaler Weise gefährden und den Franzosen das erwünschten Vorwand gäben, alle ihre kriegerischen Machtmittel gegen Deutschland spielen zu lassen. Schreibt doch der Düsseldorfer Berichterstatter des „Petit Parisien“: „Ein Gewaltstreich der deutschen Nationalisten würde viel zur Klärung der Sachlage beitragen“, und dem Korrespondenten des „Oeuvre“ sagt ein Generalstäbler im Ruhrgebiet: „Wenn die Deutschen uns angreifen würden, dann wäre unsere Aufgabe leichter“. Deshalb muß die Absicht der Provokation rechtzeitig entlarvt und durch das entsprechende Maß jener stillen Zähigkeit paralysiert werden, durch die die Ruhrdenkschen in bewundernswürdiger Weise alle französischen Angriffe bisher zum Scheitern brachten.

Von einer anderen Seite noch muß das System der sich mehrenden französischen Einbrüche betrachtet werden. Die französischen Politiker sind schon jetzt bemüht, mit Hilfe ihrer Presse die Mentalität der Welt auf die Friedensverhandlungen vorzubereiten, die ja doch einmal diese furchtbare, am 11. Januar begonnene Epische beendigen müssen. Was uns bisher aus Paris an Vorschlägen und Gedanken zu dem neuen französisch-belgischen Friedensvertrags, d. h. Kriegsteilprogramm zu Ohren gekommen ist, läßt nicht gerade auf Bescheidenheit der Autoren schließen. Selbst ein so verhältnismäßig kühl denkender Publizist wie Millet fordert, indem er die endgültige Regelung aller zwischen Deutschland, Frankreich und Belgien schwebenden Probleme auf den „erwarteten“ Verhandlungen verlangt, nichts weniger als die Sicherung der französisch-belgischen Offensiven durch dauernde Neutralisierung des Rheinlandes und die Einrichtung einer internationalen Kontrolle für das Ruhrgebiet. „Genügsam“ nennt Millet dies Programm, und gemäßigt ist es sicher im Vergleich mit den Programmen seiner radikaleren politischen Kollegen. Aber wir müssen uns darüber im klaren sein, daß Frankreich eben mit jener fortgesetzten Vermehrung seiner Okkupationsgebiete im Besten konsonen: auf Verhandlungen mit derartigen Grundlagen und Programmen hinarbeitet. Es will argumentieren können: „Wir haben den ganzen Rhein in der Hand, die Rheinprovinz, Rheinhessen, die Pfalz, das Ruhrgebiet und Baden. Der Taunus und der Schwarzwald liegen hinter uns. Nichts hindert uns, weiterzumarschieren.“ Ja und gewendet: „Was gewährt ihr, damit wir nicht weitermarschieren?“ Und zu den andern: „Was konzediert ihr uns, daß wir auf so ungeheure Faustpfänder verzichten?“

Es kann immer nur nützlich sein, die Größe der Gefahr rechtzeitig und in vollem Maße zu erkennen. Zu einer solchen Betrachtung regt der neue französische Ueberfall auf Rheinhessen und Baden an, weil er Gelegenheit gibt, der französischen Politik wieder einmal die Maske vom Gesicht zu reißen. Und doch ist die Lage Deutschlands nicht so hoffnungslos, wie es sich aus dem hier skizzierten Gedankengange ergeben müßte: unser Faustpfand ist die Einstellung der Kohlen- und Kokslieferungen an Frankreich und Belgien, die passive Resistenz, die die „Wirtschafts“-Aktion der „Ingenieure“ ad absurdum führt, und die Fähigkeit der Westdeutschen, die den Kampf hinhalten wird, bis auch der Angreifer an den Frieden denken muß. Und schon heute gibt es drüben mehr ausgebälsame Hochöfen, stillgelegte Fabriken, sich leerende Kassen und meuternde Bataillone, als es Herr Poincaré sich vor zwei Monaten träumen ließ.

Dr. Hector gibt den Meineid zu.

Affh **Saarbrücken**, 3. März.

Bei den heutigen Verhandlungen im Prozeß Hector-Franke trat an Stelle der beiden früheren Rechtsanwälte Hectors, die bekanntlich dessen weitere Vertretung abgelehnt hatten, die Rechtsanwälte Dr. Flesch und Stenglein auf und verlasen eine Erklärung Hectors, die besagt, daß dieser sich „nachträglich erinnert habe“, die beiden ihm zur Last gelegten Briefe verfaßt zu haben. Das Begleitschreiben sei zwar abgefaßt und vervielfältigt, aber nicht an Clemenceau abgeschickt worden. Seine Anwälte behaupteten, daß nach den angestellten Nachforschungen in Paris der zweite Brief eingegangen, daß aber von dem Begleitschreiben dort keine Spur zu finden sei.

Die Verteidiger Frankes wiesen darauf hin, daß es unmöglich sei, Poincaré und Tardieu als Zeugen zu laden.

Der Rechtsbeistand Hectors berief sich auf die Paragraphen 158 und 163, womit er die Tatsache des fahrlässigen Meineides zugibt, aber mildernde Umstände bei der Beurteilung dieser Aussage in Anspruch nimmt. Es wurde ein neues ärztliches Attest vorgelegt, nach dem Hector zur Abfassung des Briefes nicht vor Gericht erscheinen könne. Die Rechtsvertretung Hectors scheint die Verhandlungen hinausschieben zu wollen, um die Aufnahme neuer Verhandlungen zu erzielen. Die Rechtsanwälte Lehmann und Steegmann als Verteidiger Frankes verlangten die Fortführung der Verhandlungen und stellten den Antrag auf Erstattung eines ärztlichen Gutachtens durch drei bedeutende Saarbrücker Aerzte. Das Gericht schloß sich dem Antrag an. — Die Verhandlung wurde auf Montag vertagt.

Saarbrücken, 3. März.

Dr. Hector hat der Regierungskommission mitgeteilt, daß er **durch seinen Gesundheitszustand verhindert sei, sein Amt als saarländisches Mitglied der Regierungskommission auszuüben.** Gemäß den Instruktionen des Völkerbundsrats vom 13. Februar 1920 wurde der ehemalige Landrat des Landkreises Saarlouis, Land, als stellvertretendes saarländisches Mitglied der Regierungskommission bezeichnet.

Die Denkschrift des Reichsverkehrsministeriums.

Wie schon kurz mitgeteilt, hat das Reichsverkehrsministerium soeben einen Nachtrag zur Denkschrift über die Tarifpolitik der deutschen Reichsbahn fertig gestellt und der Presse und den Reichstagsabgeordneten zugänglich gemacht. In dem Hauptabschnitt wird darauf hingewiesen, daß die Verviefachung der Materialpreise und der Personalbezüge im Zusammenhang mit dem Fortschreiten der Bilanzierung des Haushaltes des Reichsverkehrsministeriums immer wieder zu einer Angleichung der Tarife an die Geldentwertung zwingen. Nichtsdestoweniger wird keine Verminderung der werbenden Ausgaben (Neubauten usw.) erfolgen und auch wie vor alles getan werden, um innere Ersparnisse zu erzielen. Die Zulassung eines größeren Eisenbahndefizits würde eine ungerechte Belastung der deutschen Volkswirtschaft verursachen.

Der neue Raubzug nach Süddeutschland.

Eine Kundgebung der badischen Regierung.

TU **Karlsruhe**, 3. März.

Zu der weiteren Besetzung badischen Gebietes durch französische Truppen nahm die badische Regierung im Laufe des Vormittags in folgender Kundgebung Stellung:

Heute früh 7 Uhr bewegten sich in Mannheim und Ludwigshafen über die Rheinbrücke kommend zwei Kompagnien Fußtruppen über den Parkring durch das Jungbuschviertel der neuen Neckarbrücke zu. Im Laufe des Vormittags wurde das Hafengebiet völlig abgeschnürt, das Zollamt besetzt und zwei im Hafengebiet gelegene Schulen zur Einquartierung beschlagnahmt. Die Besetzung des Karlsruher Hafens begann um ½9 Uhr früh. 80 Soldaten mit zwei Maschinengewehren unter Führung eines Offiziers überschritten um diese Zeit die Rangauer Brücke und bewegten sich rheinaufwärts den Hafenanlagen zu. Eine andere Abteilung fuhr südlich der Hafenanlagen mit einem Boot über den Rhein und begann von hier aus sich den Hafenanlagen zu nähern. In Karlsruhe und Mannheim wurden die Hafenanlagen und Lagerhäuser gegen das unbesetzte Gebiet abgeschnürt. Der Wagentransport ist bis auf weiteres untersagt. Die Abfuhr von Lebensmitteln und dergleichen wird für unmöglich erklärt, wenn den französischen Zollbeamten zehn Prozent des Warenwertes als Steuer ausgehändigt wird. Gegen diese Fortsetzung der Vergewaltigung Protest zu erheben, erübrigt sich. Wohin die französische Republik mit dieser Politik steuert, wird sich ja noch zeigen.

Die bei der Bevölkerung umlaufenden Gerüchte von der Besetzung anderer badischer Städte entbehren jeder Begründung. Es liegt kein Anlaß vor, wegen der Besetzung der Häfen in Karlsruhe und Mannheim die Ruhe zu verlieren. Die badische Bevölkerung muß wissen, daß sie als ein Teil des deutschen Volkes mit an den Folgen der durch Frankreich provozierten Auseinandersetzung tragen muß, bis in der Welt die Gesetze der Vernunft und Gerechtigkeit wieder Geltung haben. Von der Absicht, die Hafenanlagen in Mannheim zu besetzen, haben die französischen Militärbehörden weder den Stadträten dieser beiden Städte, noch der badischen Regierung Kenntnis gegeben. Selbst der deutsche Delegierte der Rheinlandkommission in Coblenz ist nicht imstande, von diesen Vorgängen den zuständigen deutschen Behörden Mitteilung zugehen zu lassen. Eine telephonische Verbindung mit Coblenz war im Laufe des Vormittags nicht zu erreichen. Die Reichsregierung wurde von dem Vormarsch der Franzosen verständigt.

Die Lage in Darmstadt.

TU **Darmstadt**, 3. März.

Die Stärke der französischen Truppen, die den Hauptbahnhof besetzt hatten, beläuft sich auf etwas über 200 Farbige und 30 Weiße. Die Farbigen haben sich im Speisesaal der Reparaturwerkstätte wohnlich eingerichtet und haben hier 200 Betten, die für die Eisenbahner aufgeschlagen waren, beschlagnahmt. Die Eisenbahnübergänge sind von den Franzosen mit leichten Maschinengewehren und Maschinenpistolen stark gesichert. Die Mündungen sind nach der Stadt gerichtet. Der Dolmetscher, der die Besatzungstruppen begleitet, erklärt über eine weitere Ausdehnung der Besetzung einstweilen nichts zu wissen, doch sei an eine Zurückziehung der Truppen, soweit sie jetzt vorhanden sind, nicht zu denken. Er erklärt weiter, daß nicht die Absicht bestehe, irgendwie in den Betrieb einzugreifen, und daß am Montag endgültige Verhandlungen über die Wiederaufnahme des Betriebes stattfinden sollen. Mit dieser Aeußerung im Widerspruch steht jedoch die Tatsache, daß ein stärkeres Kommando den Lokomotivschuppen völlig umstellt hat und keine Maschine hereinläßt. Der Schuppen ist übrigens leer. Der Güterbahnhof wird durch die Franzosen immer noch besetzt gehalten. Der Güterverkehr ist völlig unterbrochen. Der Personenverkehr funktioniert noch, soweit Personenverkehr in Frage kommt. Züge, die Darmstadt als Ausgangs- oder Endstation haben, konnten bisher nicht gefahren werden, doch wird heute nachmittag vielleicht der Güterverkehr wieder aufgenommen. Die Bevölkerung verhält sich ruhig, obwohl selbstverständlich eine gewisse Erregung vorhanden ist.

TU **Mannheim**, 3. März.

Nachdem der Zollhafen und das Hauptzollamt von den Franzosen besetzt worden sind, stehen die Posten der französischen Besatzung bis zur Parkring. Die Besetzung des Industriehafens bringt die Abschnürung der Mannheimer Hafenanlagen zum Abschluß. Auf dem Neckar haben die Franzosen heute drei Salzschiffe beschlagnahmt.

Im Laufe des Sonnabend Vormittag sind auch französische Polizeiboote auf dem Rhein und Neckar erschienen, die es anscheinend auf Kohlenschiffe, die sich im unbesetzten Gebiet befinden, abgesehen haben. Die ganze Art und Weise der Besetzung der Mannheimer Häfen läßt keinen Zweifel darüber, daß die Franzosen die im Neckar und in den Rheinhäfen liegenden Schiffe beschlagnahmt werden. Der Verkehr von Mannheim nach Ludwigshafen und umgekehrt ist bisher ungestört weitergegangen.

Der Vorstand der Betriebsinspektion 1 in Ludwigshafen, Regierungsrat Wenz, ist von den Franzosen ausgewiesen worden. Auf dem Ludwigshafener Bahnhof wurden die Betriebswerkstätten von den Franzosen militärisch besetzt und eine Lokomotive beschlagnahmt, um damit den von Weisenburg nach Ludwigshafen eingelaufenen Schnellzug Straßburg-Wiesbaden weiterzuführen. Die deutschen Eisenbahner bedienten aber die Weichen und Signale nicht mehr. Die Franzosen nahmen deshalb die mechanischen Weichen auseinander, und der Zug fuhr mit fünf französischen Eisenbahnern weiter.

*

Der Vorwand für den neuen Vorstoß.

EE **Paris**, 3. März.

Die Besetzung von Mannheim, Karlsruhe-Hafen und der Eisenbahnwerkstätten von Darmstadt wird amtlicherseits als eine „notwendige Operation zur Erleichterung der alliierten Zollkontrolle“ hingestellt.

Der neue „Direktor“ der Rheinbahnen.

EE **Paris**, 3. März.

Ein Erlaß der interalliierten Rheinlandkommission gibt die Ernennung des französischen Staatsbahnunterdirektors Breaud zum Direktor der neuen französisch-belgischen Eisenbahnregie im besetzten Rheinland bekannt. Ueber die Amtspflichten Breauds wird sich eine französische ministerielle Bekanntmachung des näheren verbreiten. Deren Wortlaut ist heute dem General Degoutte zur Kenntnis gebracht worden. Vor Uebernahme seines neuen Amtes soll Breaud sich mit dem belgischen Eisenbahnminister Neujean ins Einvernehmen setzen, weshalb er sich heute abend nach Brüssel begibt.

Bestien.

Bochum, 3. März.

Ein französisches Panzerautomobil kam heute mittag kurz nach 12 Uhr in schneller Fahrt durch die Unterführung an Essener Hauptbahnhof in der Richtung nach der Stadt und fuhr mitten in die Menge, die sich anläßlich der Besetzung unseres Hauptbahnhofes dort angesammelt hatte. Drei Personen, ein Erwachsener und zwei Knaben, kamen unter den Koloß, vor dem die Menge schreiend auseinanderlief. Die drei Ueberfahrenen wurden eine Strecke weit geschleift. Alle drei wurden blutüberströmt in das Luisenstift getragen. Bei der äußeren Untersuchung ergab sich vorläufig, daß der Erwachsene am ganzen Körper Schürfwunden hatte und daß der rechte Arm gebrochen war. Die beiden Schulknaben trugen Verletzungen am Schädel bezw. im Gesicht davon. Die schwer die Verletzungen sind, konnte bisher noch nicht festgestellt werden. Eine Anzahl Personen wurden außerdem von dem Panzerwagen angefahren und zur Seite gestoßen, kamen aber mit leichten Verletzungen oder mit dem bloßen Schrecken davon.

Massen-Ausweisungen.

Koblenz, 3. März.

Gestern abend ist der Gewerkschaftssekretär Kaltausgewiesen worden. Heute vormittag nahmen die Franzosen die Gelder für die Arbeitslosenunterstützungen beim städtischen Wohlfahrtsamt weg. Es sammelten sich eine zahlreiche Menschenmenge an, die von den Franzosen mit Kolbenstößen und Fußtritten auseinandergesprengt wurde. Zurzeit schweben Verhandlungen über die Rückgabe der Arbeitslosengelder. Koblenz und Ehrenbreitstein gleichen zur Zeit einem gewaltigen Heerlager. **Alle Waffengattungen, Weiße, Vollblutneger, Marokkaner, Spahis und Gelbe sind darunter vertreten.**

Im Zusammenhang mit der Besetzung des Post- und Telegraphenamtes sind 88 Postbeamte von den Franzosen in das unbesetzte Gebiet abtransportiert worden.

Der Oberpostdirektor Franz und der Telegraphendirektor Mosler wurden verhaftet. Der Vertreter der Postverwaltung beim Reichskommissar, Oberpostrat Orth, wurde ausgewiesen.

TU **Wiesbaden**, 3. März.

Die 14 Mitglieder des Beamtenausschusses vom hiesigen Telegraphenamt, die wegen eines Protestes gestern verhaftet wurden, sind heute früh ausgewiesen worden. Die Familien, darunter **auch die Eltern und Geschwister der unverheirateten Beamtinnen, müssen in vier Tagen das besetzte Gebiet verlassen.** Auch der Postmeister Seibel aus Laub wurde **ausgewiesen.**

Systematische Auflösung der Schupo.

TU **Gelsenkirchen**, 3. März.

Bei dem gestrigen Vorgehen der Franzosen gegen die hiesige Schutzpolizei wurde erklärt: Die Franzosen würden **allerorts im Einbruchsgebiet die staatliche Polizei auflösen und nur Gemeindepolizei zulassen.** Die Gelsenkirchener Beamten wurden ausgewiesen. In Olfen sind gestern nachmittag Polizeimajor Kulow, Polizeimajor Schinzing, Polizeihauptmann Horn und sechs Polizeileutnants und Oberleutnants sowie 23 Polizeiwachtmeister eingetroffen.

TU **Bochum**, 3. März.

Die bisher in der Oberrealschule verbliebenen Polizeibeamten sind gestern nachmittag auf Lastkraftwagen abtransportiert worden. **Von den Polizeioffizieren wurden Fingerabdrücke gemacht** und ihre Personalien genau festgestellt.

Abgeordneter Korell ausgewiesen.

TU **Koblenz**, 3. März.

Der demokratische Reichstagsabgeordnete Korell (Niederingenheim) ist mit sofortiger Wirkung, seine Familie binnen vier Tagen, von der Interalliierten Rheinlandkommission aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen worden, und zwar ausdrücklich nicht wegen irgend welcher angeblicher Vergehen gegen die widerrechtlichen französischen Zensurbestimmungen, sondern wegen seiner Eigenschaft als Abgeordneter.

Die „dickste Lüge“.

Berlin, 3. März.

Der französische Generalkonsul und Chef des neuen französischen Propagandabureaus in New-York, Liebert, erklärte nach einem New-Yorker Telegramm von gestern in einer Rede im Lions-Klub:

„Als die französischen Truppen in Essen und in die anderen Industrieplätze der Ruhr einrückten, fanden sie in den großen Werken von Krupp, Stinnes und anderen klare Beweise dafür, daß in diesen Werken seit dem Waffenstillstand heimlich für einen neuen Krieg gearbeitet werde; sie stellten Teile von Kanonen und Kriegsmaterial her, das in einem oder zwei Jahren für einen neuen Krieg gebraucht werden sollte.“

Ferner erklärte er, es sei die dickste Lüge, daß schwarze Truppen im Ruhrgebiet seien; auch am Rhein seien nur weiße, „durch den langen Dienst gebräunte (!) Soldaten“.

Der französische Propagandachef in Uebersee scheint den in Europa in der Verbreitung von handgreiflichen Lügen noch erheblich zu übertrumpfen. Die Werke von Krupp, Stinnes usw. werden seit Jahresfrist von der Militärkontrollkommission auf das Gründlichste überwacht. Herr Liebert scheint kein Verständnis dafür zu haben, welches Unfähigkeitszeugnis er Herrn Nolleti mit seiner törichten Behauptung ausstellt, daß die genannten Werke trotz dieser gründlichen Ueberwachung nach Kriegsmaterial herstellen könnten. Seine Behauptung, daß an der Ruhr und am Rhein nur weiße Truppen seien, ist in der Tat die „dickste Lüge“. Selbst die Agentur Havas hat in einer am 26. Februar verbreiteten Note zugegeben, daß farbige Truppen zur Ruhrgebiet verwendet worden sind. Auch kann sich jedermann davon überzeugen, daß marokkanische Regimenter in Mainz, in der Pfalz (Ludwigshafen), in Trier (Spahis) sich befinden. Die täglich aus Koblenz nach den Vereinigten Staaten von Amerika zurückkehrenden amerikanischen Truppen, denen das Treiben der Schwarzen im Rheinland nicht entgangen sein kann, würden den französischen Propagandachef aus eigener Erfahrung Lügen strafen können.

Empfang der Ruhrsänger in Berlin.

Minister Oeser über den Abwehrkampf.

Der Reichstag, die Stätte, die mit dem Leben und dem Schicksal des deutschen Volkes so eng verknüpft ist, war am Sonnabend der Schauplatz einer machtvollen Kundgebung deutschen Gemeinschaftswillens, deutschen Willens zum Ausharren im Abwehrkampf. Galt es doch, als Vertreter der drangsalierten Bevölkerung des Einbruchsgebiets die städtischen Orchester aus Essen, Bochum, Dortmund in der Reichshauptstadt willkommen zu heißen. Ohne jedes falsche Pathos, aber durchzittert von dem Gemeinsamkeitsgefühl war dieser Empfang der Gäste aus dem Ruhrgebiet ein neuer Beweis dafür, wie die immer schärfer werdende Willkürherrschaft der Franzosen und Belgier im Einbruchsgebiet nur zum engeren Zusammenschluß aller Kräfte des deutschen Vaterlandes führt. Bajonette und Reitpeitschen können wohl maßlose Leiden über eine wehrlose Bevölkerung bringen, aber sie können nicht den Glauben an den Sieg des Rechts erschüttern.

Anwesend waren bei dem Empfang Vertreter der Reichs- und der Staatsregierungen Reichstagspräsident Loebe, der preußische Landtagspräsident, Vertreter der Künstlerschaft, der Industrie und Großbanken.

Das Klingler-Quartett leitete den Abend mit Beethovens op. 95 stimmungsvoll ein. Dann ergriff

Reichsminister Oeser

das Wort zur Begrüßung der Gäste. Wenn wir, so erklärte der Minister, die Namen Essen, Bochum und Dortmund hören, so steigt vor unserem geistigen Auge die Entwicklung der letzten Wochen lebhaft auf. Wir erinnern uns daran, daß die deutsche Reichsregierung im Einvernehmen mit den Vertretern unseres Volkes ein Anerbieten ausgearbeitet hatte, wieder gutmachen, im Rahmen der noch vorhandenen Kräfte. Amtlich war den fremden Regierungen Mitteilung gemacht worden, daß die Reichsregierung ein Anerbieten unter Gewährleistung der Industrie ausgearbeitet habe. Aber auch diesmal sind wir nicht einmal gehört worden. Sondern Frankreich und Belgien suchen durch Rechtsbruch ihre Pfänderpolitik durchzusetzen. Eine Gewaltat löst im Ruhrrevier die andere ab. Wir sehen Androhung der Todesstrafe für diejenigen, die ihrem Vaterland dienen wollen und wir sehen Belohnungen für Landesverräter, die ihre schmutzigen Hände dem Feinde entgegenstrecken. Wir sehen, wie eine Bevölkerung nur mit den Waffen der Moral und des Rechts kämpft, wir sehen eine Beamtenschaft drangsaliert, die durch ihren Treueid an Regierung und Volk gebunden ist und doch lang für die Heimat einsteht, wir sehen, wie Männer und Frauen mit starkem Pflichtbewußtsein den Tanks und Maschinengewehren lediglich Moral und Recht entgegensetzen. Es ist der gewaltige Kampf eines waffenlosen Volkes, das frei sein will und sich gegen Vergewaltigung wehrt. Ein so grandioses Schutzbild hat die Weltgeschichte wohl noch nicht gesehen. Und sollte man nicht glauben, daß angesichts dieses heldenhaften Kampfes eines wehrlosen Volkes ein Schrei der Empörung durch die ganze Welt hallen müßte. **Deutschland ist auch heute bereit zu erfüllen, was es nur kann. Es ist aber auch bereit, den Kampf auszufechten, bis zur Sicherung der Existenz seines Volkes und der Freiheit des Landes.** Letzten Endes wird nicht die rohe Gewalt, sondern der Geist und die Kultur den Sieg davontragen. Der Kampf, der geführt wird, soll ein Kampf sein der Moral und des Rechts! Für die **unerschütterliche Einheit der deutschen Republik, deutscher Kultur und deutscher Sitte und zum Zusammenschluß aller Teile unseres Volkes zu dem Willen, sich durchzusetzen, mag es kommen wie es will.** (Langanhaltender Beifall.)

Namens der preußischen Staatsregierung begrüßte **Kultusminister Dr. Boelitz** die Gäste.

Im Namen der Berliner Vereinigungen der Pfälzer, Rhein- und Saarländer und der Westfalen sprach dann der Vorsitzende des Reichsverbandes der Rheinländer, der Präsident des Reichsversicherungsamts Dr. Kaufmann, dessen Rede ausklang in den Ruf: „Weltmarken und Reich sind eins und sollen es bleiben, so lang die deutsche Zunge klingt und Gott im Himmel Lieder singt. (Langanhaltender Beifall.) Den Dank der Gäste übermittelte der Dirigent des Essener Orchesters Max Fiedler. Wir wiss darauf hin, daß den schwergeprüften Deutschen im Ruhrrevier die Kunst den letzten Trost bringe. Mögen konfessionelle oder politische Spaltungen die einzelnen Volksschichten auch trennen, in der Musik kämen sie alle zusammen. (Stürmischer Beifall.)

Dann sang Frau Eva Bruhn-Essen „Die Allmacht“ von Schubert. Rauschender Beifall lohnte der Künstlerin. Damit war der offizielle Teil des Empfangs beendet, die Teilnehmer blieben in der Wandelhalle und in den Restaurationsräumen des Reichstages im geselligen Zusammensein noch vereint.

Der Handels- und Gewerbehaushalt.

Im Landtag wurde gestern die Beratung des Handels- und Gewerbehaushalts fortgesetzt.

Abg. Dr. Petz (Wirtschaftspartei) fordert die freie Wirtschaft. Wir haben eine Zwangsorganisation nötig. Der Mittelstand darf nicht zum Prügelknaben der Steuergesetzgebung werden. Der gewerbliche Mittelstand braucht Kredit und für dessen Gewährung staatliche Garantien.

Abg. Altegoer (Zentr.) begrüßt die Aktion der Reichsbank zur Stabilisierung der Mark. Das Gewerbe ist mit Steuern zu sehr überlastet. Wir verlangen ein Notgesetz, damit die schlimmsten Mißstände vermieden werden. Industrie, Handel und Gewerbe müssen durch eine schwere Zeit hindurch; dazu gehört eine gesunde Arbeitsgemeinschaft mit den deutschen Arbeitern.

Abg. Menzel-Stettin (Dnat. Vp.) spricht sich gegen jegliches Verhandeln mit unseren Gegnern aus, solange die Besetzung des Ruhrgebiets andauert. Der Bevölkerung im Ruhrgebiet gebührt der größte Dank. Der Einfluß des preußischen Handelsministers auf die Wirtschaft scheint uns nicht der Bedeutung des Handelsministeriums zu entsprechen. Wir brauchen Fachminister. Unsere passive Handelsbilanz muß durch Hebung der Ausfuhr beseitigt werden.

Abg. Engberding (D. Vp.) tritt gleichfalls für Bekämpfung des Wuchers ein. Seine Partei habe im Reichstag für den Antrag gestimmt, in besonders schweren Fällen Wucherer mit dem Tode zu bestrafen. Der Redner fordert Schutz für den ehrbaren Kaufmann und verurteilt die Tarifpolitik des Reichseisenbahnministers.

Abg. Horbotter (Deutsch-Hannov.) unterstützt den Abwehrkampf an der Ruhr und fordert das neue Gewerbesteuergesetz.

Abg. Bayer-Waldenburg (D. Vp.) tritt für eine sorgsame Ausbildung der Lehrlinge zur Förderung des Handwerks ein.

Handelsminister Stering erklärt, daß sich die Reichsregierung zu Entschädigungen bereiterklärt habe, als die ersten Mitteilungen über den Einbruch in das Ruhrgebiet kamen. Der Geschäftsgang habe sich schwierig bureaukratisch gestalten. Er habe deshalb auf schnellere Hilfe gedrungen. Wegen Wuchers sei in 1756 Fällen Freispruch erfolgt. Geldstrafen wurden in 3638 Fällen verhängt, darunter in 82 Fällen über 50 000 Mark. Freiheitsstrafen wurden verhängt in 1606 Fällen, darunter in 20 Fällen Zuchthaus.

Abg. Schoitka (Komm.) ruft das Proletariat auf zum Kampfe gegen den französischen Kapitalismus und verlangt erheblich schärfere Strafen gegen den Wucher.

Darauf tritt das Haus in eine kurze Debatte über das besonders behandelnde gewerbliche Unterrichtswesen ein.

Nach Schluß der allgemeinen Besprechung und debattelos erfolgt die Erledigung von 193 Eingabenberichten vertagt sich das Haus auf Mittwoch, den 14. März, 3 Uhr: Fortsetzung der Haushaltsberatung.

Hierzu 2 Beilagen.

Verantwortliche Leiter: Für den politischen Teil: Hermann Paul Steinkopf, Schriftleiter; Reinhard Ziegler, Berlin; für Handel, Industrie und Soziales Franz Klöppel, Berlin-Friedenau.